

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Wilhelm Bruns zu den deutsch-deutschen Beziehungen im Jahr 1989: Keiner darf den anderen überfordern.

Seite 1

Gerd Walter MdEP zu den Anforderungen an die Gesetzgebung zum EG-Binnenmarkt: Soziale Schutzrechte auf hohem Niveau durchsetzen.

Seite 3

Walter Momper MdA zur Diskussion um die Einführung von Volksbefragungen und Volksentscheiden: Plebiszitäre Elemente in neues SPD-Grundsatzprogramm aufnehmen.

Seite 4

Albrecht Müller MdB zur Wiederaufnahme des Tiefflugbetriebes: Unzumutbare Belastungen.

Seite 5

Ludwig Stiegler MdB zum Revisionserfordernis des NATO-Truppenstatuts: Bonn muß im 40. Jahr der Geltung des Grundgesetzes initiativ werden.

Seite 6

44. Jahrgang / 1

2. Januar 1989

Keiner darf den anderen überfordern

Zu den deutsch-deutschen Beziehungen im Jahr 1989

Von Dr. Wilhelm Bruns
Abteilungsleiter in der Friedrich-Ebert-Stiftung

(I.)

Zum Jahreswechsel 88/89 wurden hoffnungsvolle und erwartungsreiche Bemerkungen zu den deutsch-deutschen Beziehungen gemacht. Nun gibt es keinen Zweifel, daß in den deutsch-deutschen Beziehungen viel erreicht wurde, wenngleich wir vom Ziel der normalen gutnachbarlichen Beziehungen noch ein Stück entfernt sind. 1989 könnte ein weiteres gutes Jahr für die deutsch-deutschen Beziehungen werden, wenn die Rahmenbedingungen so bleiben und wenn Politiker auf beiden Seiten die Erfahrungen aus der Vergangenheit sich vergegenwärtigen und jene Erkenntnisse fruchtbar machen, die uns auf diesen erfolgreichen deutsch-deutschen Weg gebracht haben. Die deutsch-deutschen Beziehungen werden auch 1989 erfolgreich sein, wenn sie getragen werden von der Kontinuität, vom Ansatz eines umfassenden Herangehens und insgesamt keine Situation zulassen, aus der heraus eine Seite der anderen Gesprächs- oder Themenverweigerung vorwerfen kann. Hinzu kommen sollte konstruktive Sachlichkeit im Umgang mit einander sowie bei der Behandlung strittiger Fragen, von denen es immer noch eine Reihe gibt.

(II.)

Zur Kontinuität: Der eine muß sich auf den anderen verlassen können. Es gelten die Verträge. Keiner darf den anderen überfordern. Dazu bedarf es einer angemessenen und ständigen Analyse der anderen Seite und des ständigen Gesprächs. Ein anderes Wort für Kontinuität ist Verstetigung. Verstetigung der Kontakte auf allen Ebenen. Natürlich heißt dies in erster Linie regelmäßige Begegnungen zwischen dem Bundeskanzler und dem ersten Mann der DDR. Aus Bonn ist zu hören, daß eine Spitzenbegegnung Kohl-Honecker für 1989 von der Bundesregierung nicht geplant ist. Dies stößt auf Unverständnis - nicht nur bei der DDR. Aber das Jahr 1989 hat ja gerade erst angefangen...

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressenhaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kreuzträger-Vertrag
mit dem Reichsverband
Republik-Posten



Die nächste Ebene sind die regelmäßigen deutsch-deutschen Ministergespräche. Bislang fehlt noch der Bundesverteidigungsminister, dessen Amtskollege aus der DDR, Kessler, ihn zu einem ersten Gespräch aufgefordert hat und ihm auch anbot, über alle Themen, die beide Seiten für Interessant halten, zu sprechen. Der Bundesverteidigungsminister sollte sich hier einer deutsch-deutschen Begegnung nicht entziehen.

Zur Verstärkung gehören auch normale und geregelte Parlamentskontakte zwischen dem Deutschen Bundestag und der DDR-Volkskammer. Wenn die Einbeziehung Westberliner Abgeordneter einvernehmlich geregelt und gesichert ist, sollte das Jahr 1989 der Beginn der Begegnungen von Bundestag und Volkskammer sein. Die neue Bundestagspräsidentin scheint in dieser Frage entschlossener und möglicherweise auch erfolgreicher zu sein als ihr Vorgänger.

(III.)

Neben der Verstärkung der Begegnungen gibt es den Grundsatz der Entwicklung umfassender Beziehungen. Die Bundesregierung hat mehrfach erklärt, sie strebe eine umfassende Entwicklung deutsch-deutscher Beziehungen an. Das heißt Beziehungen, die alle Bereiche beziehungsweise Komponenten umfassen. Negativ formuliert heißt dies: Kein Bereich soll ausgeschlossen sein. Dies ist ein richtiger und unterstützenswerter Ansatz. Er realisiert die Erkenntnis, daß Themenverweigerung und Gesprächsblockaden die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten nicht normalisieren, wie dies im Artikel 1 des Grundlagenvertrages vorgesehen ist. Mit dem Ansatz, umfassende deutsch-deutsche Beziehungen zu entwickeln, ist nicht zu vereinbaren, daß die Bundesregierung die sicherheitspolitische Komponente aus den deutsch-deutschen Beziehungen auszuklammern sucht. Wenn es für diese Ausklammerung stichhaltige Gründe gäbe, wäre eine solche Ausklammerung durchaus vertretbar. Es gibt jedoch nur diffuse Ängste, jedoch keine nachvollziehbaren Gründe! Da die DDR der Bundesregierung nicht nur einen sicherheitspolitischen Dialog anbietet, sondern auch Vorschläge dazu unterbreitet, kommt die Bonner Haltung in die Nähe einer Verweigerung, die zudem nicht einmal ordentlich, das heißt nachvollziehbar, begründet wird.

Bei einer Reihe von sicherheitspolitischen Themen könnten die beiden deutschen Staaten im Rahmen des Artikel 5 des Grundlagenvertrages und ohne die Loyalität zu ihrem jeweiligen Bündnis in Frage zu stellen, initiativ werden, gemeinsam oder parallel. Besonders drängend ist hier die Weiterentwicklung der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen, wie der Abbau der gegenseitigen Bedrohungs- und Feindbilder. Dringlich und möglich sind gemeinsame Initiativen im Bereich der chemischen Abrüstung. Das Jahr 1989 wird der Beginn der Verhandlungen über konventionelle Stabilität vom Atlantik bis zum Ural werden. Aufgrund der besonderen Betroffenheit der beiden deutschen Staaten sollten diese sich nicht scheuen, ihre Vorstellungen zur Lösung des Problems zumindest abzustimmen. Dies sind nur einige wenige der möglichen sicherheitspolitischen Themen. Das heißt, wer umfassende deutsch-deutsche Beziehungen will, kann sich der Einbeziehung sicherheitspolitischer Themen und des Dialogs darüber nicht entziehen. Es sei denn, die Bundesregierung betreibt eine selektive Entwicklung deutsch-deutscher Politik. Das wäre dann ein anderer und falscher Ansatz schon deswegen, weil die DDR sich dieses zum Vorbild nehmen könnte!

(-/2.1.1989/rs/ks)

Soziale Schutzrechte auf hohem Niveau durchsetzen
Anforderungen an die Gesetzgebung zum EG-Binnenmarkt

Von Gerd Walter MdEP
SPD-Spitzenkandidat für die Europawahl

In den kommenden vier Jahren wird es nicht zuletzt von der neuen EG-Kommission unter ihrem Präsidenten Jacques Delors abhängen, was aus dem Projekt Binnenmarkt wird. Ein Gemeinsamer Markt, der der Wirtschaft die große Freiheit bringt, ist dann nicht akzeptabel, wenn nicht gleichzeitig das soziale Europa Realität wird und soziale Errungenschaften der Arbeitnehmer gesichert werden. Die Verwirklichung eines wirksamen Gesundheits- und Arbeitsschutzes sowie der Erhalt der Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind unabdingbar. Es bleibt zugleich eine zentrale Aufgabe der Kommission, ihren Beitrag zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit zu leisten. Dringend notwendig ist ein europäisches Sozialgesetzbuch mit einem genauen Zeitfahrplan, analog zum Binnenmarkt-Weißbuch.

Gelingt es nicht, den Binnenmarkt für eine soziale und ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft zu nutzen, dann ist antieuropäischer Widerstand der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik gewiß. Den Auftrag, die soziale Dimension des Binnenmarktes durchzusetzen, gibt es. Er ist substantieller Bestandteil der Reformen der Römischen Verträge, die von den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft unterschrieben wurden. Verbriefte Rechte sind möglich, man muß sie nur verwirklichen.

Der wirtschaftliche Zusammenschluß Europas und die Verwirklichung und Entwicklung der Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehören zusammen. Ich appelliere an die Kommission, diesem Auftrag gerecht zu werden. Die Zusammensetzung der neuen EG-Kommission bietet eine gute Voraussetzung dafür. Auch der neue Binnenmarkt-Kommissar Bangemann wird sich dieser Verpflichtungen in Brüssel, so ist zu hoffen, nicht entziehen.

Die Europäische Gemeinschaft muß ihre soziale Verantwortung auch gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in anderen Teilen der Welt tragen. Die wirtschaftliche Macht, die der Europäische Binnenmarkt zweifellos gegenüber allen Mitbewerbern im Welthandel darstellt, muß sich in einer ökonomischen und sozialen Verpflichtung widerspiegeln.

Die Fortentwicklung der internationalen Gemeinschaft ist nicht allein vom Wirtschaftswachstum abhängig, sondern davon, in welchem Maße es gelingt, den Wohlstand und die soziale Sicherheit gerecht zu vermehren. Auch diese Verantwortung müssen die 15 Männer und zwei Frauen in Brüssel übernehmen.

(-/2.1.1989/ru/fr)

* * *

Plebiszitäre Elemente in neues SPD-Grundsatzprogramm aufnehmen

Zur Diskussion um die Einführung von Volksbefragungen und Volksentscheiden

Von Walter Momper MdB

Landes- und Fraktionsvorsitzender der Berliner SPD

40 Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland sollten die Parteien mehr Vertrauen in das Demokratiebewußtsein der Bürger haben. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Wilfried Penner, übersieht bei seiner Ablehnung von Volksentscheiden und Volksbefragungen, daß das jetzige System der Parteiendemokratie bei immer mehr Bürgern auf Ablehnung und Skepsis stößt und in eine Krise geraten ist.

Es reicht den Menschen nicht mehr aus, nur alle vier Jahre ein Kreuz auf einem Stimmzettel machen zu können und dann mit den politischen Entscheidungsprozessen kaum noch etwas zu tun zu haben. Auch hat das jetzige System der Parteiendemokratie zu einer Machtanhäufung bei den Parteien geführt, die letztlich auch die Basis der vielen Skandale ist. Die Bürger wollen, vor allem bei Vorgängen in ihrem direkten Umfeld, viel mehr beteiligt werden. Außerdem beschäftigen die Menschen heute viele Fragen, die quer zu den traditionellen Schichten und Parteibindungen verlaufen, etwa die Umweltproblematik.

Auch in der Parteiendemokratie werden die Entscheidungen letztlich auf einfache Ja/Nein-Formulierungen reduziert, und zwar dann, wenn es zur Abstimmung kommt.

Ich habe für Berlin vorgeschlagen, daß in allen kommunalen Fragen auf Landes- und Bezirksebene Bürgerentscheide eingeführt werden sollten. Dies würde das politische Klima in der Stadt sehr beleben. Bürgerinitiativen, Interessenverbände und natürlich die Parteien könnten sich gemeinsam an den Auseinandersetzungen um eine Entscheidung beteiligen.

Wenn für solche Bürgerentscheide Bedingungen vorgegeben werden, die den jetzt im Gesetz schon vorgesehenen Regelungen für die Einleitung eines Volksbegehrens zur Auflösung des Abgeordnetenhauses entsprechen (zehn Prozent der Wahlberechtigten müssen unterschreiben, daß ein Volksbegehren eingeleitet werden soll; 50 Prozent der Wahlberechtigten müssen sich an dem Volksentscheid beteiligen) dann sind auch genügend Sicherheiten gegen Mißbräuche eingebaut.

Solche Bürgerentscheide führen dazu, daß die Macht weniger konzentriert ist, sondern verteilt wird, sie wirken kontrollierend und zwingen zu mehr Bürgernähe, sie stärken die Demokratie. Ich schlage vor, daß derartige plebiszitäre Elemente auch in das neue Grundsatzprogramm der SPD aufgenommen werden. Eine reine „Stellvertreter-Politik“ der Parteien für die Bürger ist nicht mehr zeitgemäß. Die Parteiendemokratie bedarf der Ergänzung von unten.

(-/2.1.1989/rs/ks)

* * *

Unzumutbare Belastungen

Zur Wiederaufnahme des Tiefflugbetriebes

Von Albrecht Müller MdB

Die Bundesregierung hat sich gegenüber den Bitten und Appellen der betroffenen Menschen und vieler politisch Verantwortlicher taub gestellt. Der Tiefflugbetrieb soll heute wieder beginnen. Und er hat begonnen. Über meinem Wahlkreisbüro in Landau beispielsweise wird seit 10.37 Uhr wieder tiefgeflogen.

Die Verschlossenheit der Bundesregierung hat offenbar wenig mit der Sache und viel mit der Sturheit des Bundesministers der Verteidigung, Herrn Professor Scholz, zu tun. Er hat offenbar Angst vor einer Aufweichung grundsätzlicher Positionen.

Dies ist eine große Chance für die Alliierten, ihr nach den Unglücken von Ohu und Forst, von Ramstein und Remscheid angeschlagenes Ansehen aufzubessern. Ich appelliere an die Alliierten, ihre Tiefflüge bei uns einzustellen und - soweit sie es als notwendig erachten - solche Flüge bei sich zuhause durchzuführen.

Auf Dauer geht es ohnehin nicht an, dem verbündeten deutschen Volk Belastungen zuzumuten, die man den eigenen Völkern erspart. Die Alliierten sollten bedenken: Nirgendwo wird soviel und so niedrig über bewohntem Gebiet geflogen wie bei uns. 44 Jahre nach dem Krieg geht das so nicht weiter. Deshalb wäre die Aussetzung des Tiefflugbetriebes eine zugleich selbstverständliche und von den Menschen in Deutschland dankbar aufgenommene Geste.

Angesichts der entspannten Lage zwischen Ost und West hätte eine völlige Aussetzung aller Tiefflüge keine Folgen für unsere Sicherheit. Im Gegenteil, eine solche Entscheidung der Alliierten - und hoffentlich dann auch der Deutschen - wäre ein kleines Signal der Vertrauensbildung in Richtung Osten.

(-/2.1.1989/rs/fr)

* * *

Die Revision des NATO-Truppenstatuts ist überfällig!

Die Bundesregierung muß im 40. Jahr der Geltung des Grundgesetzes initiativ werden

Von Ludwig Stiegler MdB
Mitglied des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages

Tieffluglärm, Schießlärm, Manöverschäden, Lage der Arbeitnehmer bei den Stationierungstreitkräften sind Dauerstichworte der innenpolitischen Diskussion. Stationierungsprobleme im Zusammenhang mit chemischen Waffen, atomaren Waffen, Hubschrauberstaffeln, Depots et cetera reichern die Problemliste an. Über 40 Jahre nach Kriegsende, zwei Jahrzehnte nach allmählicher Überwindung des Kalten Krieges und im Vorfeld erfolgversprechender europäischer Abrüstungsinitiativen auf fast allen Ebenen findet die Forderung nach der Sozialverträglichkeit der Streitkräfte immer mehr Anhänger.

Die Bundeswehr bewegt sich deutlich. Allein, was für die Bundeswehr gilt, gilt nicht ohne weiteres für die Stationierungstreitkräfte. Tagtäglich wird die beschränkte Handlungsfähigkeit der Bundesregierung deutlich. Ihr sind durch das NATO-Truppen-Statut und die Zusatzabkommen die Hände gebunden. Wer die Denkschrift zum NATO-Truppenstatut und zu den Zusatzvereinbarungen (Bundestagsdrucksache III/2146 Anlage IV, S. 223/268) nachliest, spürt sofort, unter welchem Verhandlungsdruck die bundesdeutsche Seite in den 50er Jahren stand. „Wenn die Belastung der Bundesrepublik höher sein mag als diejenige anderer Aufnahmestaaten, so findet dies seine Rechtfertigung darin, daß die Bundesrepublik durch die Anwesenheit zahlenmäßig besonders starker Kräfte entsprechend geschützt wird“, heißt es da.

Von den Eigeninteressen der Entsendestaaten ist keine Rede, von dem Beitrag der Bundeswehr für die Sicherheit auch der Entsendestaaten auch nicht. NATO-Truppenstatut und Zusatzabkommen (Gesetz vom 18. August 1961) entstanden auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges. Inzwischen haben die Verhältnisse sich grundlegend gewandelt, nicht aber die Belastungen insbesondere durch die gegenüber der Bundeswehr in vielen Bereichen bevorrechtigten Stationierungstreitkräfte.

Es ist deshalb die Zeit gekommen, die Revisionsklauseln zu studieren: Nach Artikel 82 Absatz (c), (ii), muß das Abkommen auf Antrag einer Vertragspartei hinsichtlich einer oder mehrerer Bestimmungen überprüft werden, wenn ihre weitere Anwendung nach Auffassung dieser Partei für sie besonders belastend oder unzumutbar sein würde.

Besonders belastend und unzumutbar sind insbesondere folgende Regelungen nach dem Zusatzabkommen:

1. Das Manövrierecht (Artikel 45 und 46) berechtigt die Stationierungstreitkräfte zur Entscheidung über das „Ob“, die deutschen Stellen sind allenfalls am „Wie“ beteiligt. Einschränkungen des Manöverrechts für die Bundeswehr gelten nicht für die Stationierungstreitkräfte. Das gilt insbesondere auch für das Recht, Übungen im Luftraum abzuhalten.
2. Das Liegenschaftsrecht und das daraus abgeleitete Übungsrecht (Artikel 48) bedarf dringend der Überarbeitung, zumal das Zusatzabkommen alte Vereinbarungen (man müßte besser sagen, alte Diktate aus der Besatzungszeit) aufrechterhalten hat (Artikel 48 Absatz 2).
3. Das Arbeitsrecht für die zivilen Bediensteten bei den Stationierungstreitkräften ist in zentralen Bereichen der Mitbestimmung und Mitwirkung weit hinter der Regelung für die zivilen Bediensteten der Bundeswehr zurückgeblieben, obwohl Artikel 56 Absatz 1 des Zusatzabkommens die Zivilbediensteten der Bundeswehr als Leitbild beschreibt. Die Ausnahmeregelungen haben nach dem heutigen Verständnis keinen Platz mehr.

Das sind nur drei zentrale Bereiche aus dem 83 Artikel umfassenden Zusatzabkommen, das Zeile für Zeile den Geist der Inferiorität der Bundesrepublik und der Übermacht der die Bedingungen diktierenden Entsendestaaten atmet. Im 40. Jahr der Geltung des Bonner Grundgesetzes ist eine Revision überfällig. Bundesregierung und Bundestag sind gefordert, Bestandsaufnahme zu machen und Revisionsverhandlungen vorzubereiten.

(-/2.1.1989/vo-he/rs)